

## Vorlage Stadtparlament

Datum 6. Juli 2021  
Beschluss Nr. 708  
Aktenplan 132.26 Initiativen

### Initiative gegen längere Ladenöffnungszeiten («Kein Sonntagsverkauf in der Stadt St.Gallen»); Bericht und Antrag des Stadtrates

#### Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Initiativbegehren «Kein Sonntagsverkauf in der Stadt St.Gallen» wird abgelehnt.

---

#### 1 Initiativbegehren

##### 1.1 Inhalt

Das Initiativbegehren «Kein Sonntagsverkauf in der Stadt St.Gallen» hat folgenden Wortlaut:

«Die unterzeichnenden Stimmberechtigten der Stadt St.Gallen verlangen gestützt auf Art. 10 der Gemeindeordnung, dass der Artikel 2 im Reglement über Ruhetag und Ladenöffnung ersatzlos gestrichen wird.»

Dem Initiativbegehren ist folgende Begründung beigelegt:

«Der St.Galler Stadtrat hat eigenmächtig entschieden, dass in der Innenstadt die Geschäfte auch am Sonntag offen haben dürfen. Diesen Entscheid durfte er aufgrund einer Regelung im Reglement über Ruhetag und Ladenöffnung treffen. Mit dieser Initiative wird dem Stadtrat die Kompetenz entzogen, über die Ladenöffnungszeiten in der Stadt St.Gallen zu entscheiden, was dazu führt, dass der Stadtrat das Vollzugsreglement über Ruhetag und Ladenöffnung aufheben muss. In der Folge dürfen das Parlament und die Stimmbürger\*innen wieder über die Ladenöffnungszeiten bestimmen. »

##### 1.2 Rechtmässigkeit und Verfahren

Das Initiativbegehren wurde am 29. Juni 2020 zur Prüfung der Zulässigkeit eingereicht. Die Zulässigkeit wurde vom Stadtrat mit Entscheid vom 22. September 2020 unter der Voraussetzung bestätigt, dass der zweite Satz des Initiativbegehrens gestrichen (Änderungen fett markiert) sowie die Begründung angepasst werden:

«Die unterzeichnenden Stimmberechtigten der Stadt St.Gallen verlangen gestützt auf Art. 10 der Gemeindeordnung, dass der Artikel 2 im Reglement über Ruhetag und Ladenöffnung ersatzlos gestrichen wird. ~~Gleichzeitig hebt der Stadtrat das Vollzugsreglement über Ruhetag und Ladenöffnung auf, das er gestützt auf Art. 2 erlassen hat.~~»

Begründung:

«Der St.Galler Stadtrat hat eigenmächtig entschieden, dass in der Innenstadt die Geschäfte auch am Sonntag offen haben dürfen. Diesen Entscheid durfte er aufgrund einer Regelung im Reglement über Ruhetag und Ladenöffnung treffen. Mit dieser Initiative wird dem Stadtrat die Kompetenz entzogen, über die Ladenöffnungszeiten in der Stadt St.Gallen zu entscheiden, **was dazu führt, dass der Stadtrat das Vollzugsreglement über Ruhetag und Ladenöffnung aufheben muss.** In der Folge dürfen das Parlament und die Stimmbürger\*innen wieder über die Ladenöffnungszeiten bestimmen.»

Die Streichung des zweiten Satzes des Initiativbegehrens sowie die Ergänzung in der Begründung waren aus formeller Sicht notwendig, da die formelle Aufhebung des Vollzugsreglements über Ruhetag und Ladenöffnung in die Zuständigkeit des Stadtrats fällt. Ein Reglement kann nur durch einen Beschluss derjenigen Instanz geändert oder aufgehoben werden, welche das Reglement erlassen hat. Aus diesem Grund kann die Aufhebung des Vollzugsreglements gestützt auf Art. 10 der Gemeindeordnung der Stadt St.Gallen vom 8. Februar 2004 (SRS 111.1; GO) nicht Gegenstand einer Initiative sein.

Das Initiativbegehren mit den Unterschriftenbögen wurde am 7. Januar 2021 eingereicht. Der Stadtrat stellte nach der Kontrolle der Unterschriftenbögen durch die Bevölkerungsdienste der Stadt St.Gallen und nach Ablauf der Rechtsmittelfrist fest, dass die Initiative mit Datum vom 3. Februar 2021 rechtsgültig zustande gekommen ist.

Für die Behandlung von Initiativbegehren gelten die Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über Referendum und Initiative (sGS 125.1; RIG) und der Gemeindeordnung der Stadt St.Gallen (SRS 111.1; GO). In Anwendung von Art. 43 RIG unterbreitet der Stadtrat dem Stadtparlament innert sechs Monaten seit dem rechtsgültigen Zustandekommen Bericht und Antrag zum Inhalt des Initiativbegehrens. Mit dieser Vorlage kommt der Stadtrat diesem Auftrag innert Frist nach.

Das Initiativbegehren ist in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs ausgestaltet. Für die weitere Behandlung gelten deshalb die Bestimmungen des RIG zur Gesetzesinitiative (Art. 81 Abs. 1 Bst. b des Gemeindegesetzes; [sGS 151.2; GG] i.V.m. Art. 34 ff. RIG). Stimmt das Parlament oder die Bürgerschaft dem Initiativbegehren zu, ist der entsprechende Erlass innert einem Jahr anzupassen.

Das Stadtparlament hat gemäss Art. 44 RIG innert elf Monaten seit Rechtsgültigkeit des Zustandekommens, im vorliegenden Fall bis zum 3. Januar 2022, zu beschliessen, ob es dem Begehren zustimmt, es ablehnt oder auf eine Stellungnahme verzichten will. Beschliesst das Stadtparlament Ablehnung, so ist gleichzeitig zu entscheiden, ob ein Gegenvorschlag vorgelegt werden soll (Art. 48 RIG).

### 1.3 Konsequenz

Die ersatzlose Streichung des Art. 2 des Reglements über Ruhetag und Ladenöffnung vom 23. November 2004 (SRS 621.1; RRL) (= Annahme der Initiative) führt dazu, dass der Stadtrat nicht mehr

zuständig ist für die Erteilung von Bewilligungen für erweiterte Ladenöffnungszeiten für Läden, die einem touristischen Bedürfnis entsprechen. Folglich wären im Bereich der erweiterten Ladenöffnungszeiten insbesondere die kantonalen Bestimmungen – das Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung vom 29. Juni 2004 (sGS 552.1; RLG) und dessen Verordnung vom 17. August 2004 (sGS 552.11; VRLG) – anwendbar. Eine Streichung dieses Artikels verstösst damit nicht gegen übergeordnetes Recht.

Die Folge wäre, dass die bisherigen Öffnungszeiten (gemäss Tabelle in Kapitel 3.2) gelten. Damit die Stadt St.Gallen überhaupt noch die Möglichkeit hätte, Einzelbewilligungen für Läden des Detailhandels, die einem touristischen Bedürfnis entsprechen, auszustellen oder erweiterte Öffnungszeiten zu gewähren, ist neu zu definieren, welche Instanz diese gewähren darf, wenn nicht mehr der Stadtrat. Das Parlament kann im Reglement abschliessend festlegen, wie und für wen die erweiterten Öffnungszeiten ausgestaltet werden.

## **2 Gesetzliche Bestimmungen**

### **2.1 Allgemeines**

In einem Staatswesen ist es wichtig, dass die drei Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative zusammenspielen und jede Gewalt ihren definierten Handlungsraum hat. Jede Staatsgewalt hat so ihre klar bestimmten Aufgaben. Beim Thema Ladenöffnungszeiten hat dieses Zusammenspiel stattgefunden. Das Stadtparlament (damals noch Grosser Gemeinderat) erliess am 23. November 2004 das Reglements über Ruhetag und Ladenöffnung. Dem Stadtrat wurde damals die Kompetenz erteilt, Bewilligungen für erweiterte Ladenöffnungszeiten für touristische Bedürfnisse zu erteilen (Art. 2 RRL).

## 2.2 Kantonale Gesetzgebung und städtisches Reglement

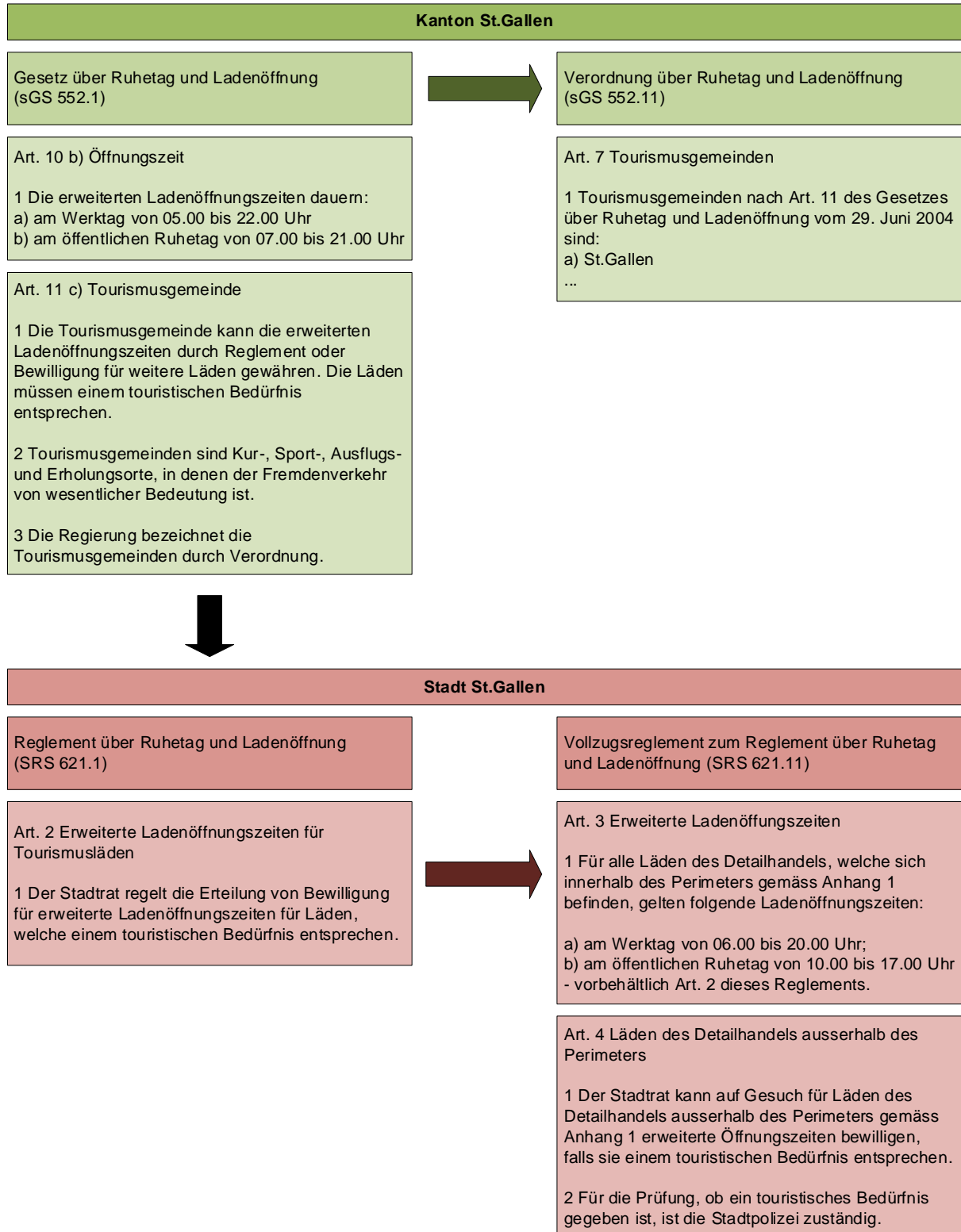


Abbildung 1: Rechtliche Grundlagen (eigene Darstellung)

Auf übergeordneter Ebene gilt das kantonale Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung. Gemäss Art. 11 RLG kann eine Gemeinde, die als Tourismusgemeinde in der dazugehörenden Verordnung zum Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung vom 17. August 2004 (sGS 552.11; VRLG) aufgeführt ist, erweiterte Öffnungszeiten festlegen. Die Stadt St.Gallen gilt gemäss Art. 7 der Verordnung als Tourismusgemeinde. Damit kann sie erweiterte Ladenöffnungszeiten für Läden, welche einem touristischen Bedürfnis entsprechen, gewähren.

Das Reglement über Ruhetag und Ladenöffnung konkretisiert für die Stadt St.Gallen das Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung. Gemäss Art. 2 RRL regelt der Stadtrat die Erteilung von Bewilligungen für erweiterte Ladenöffnungszeiten für Läden, welche einem touristischen Bedürfnis entsprechen. Gestützt darauf hat der Stadtrat die Möglichkeit, ein Reglement zur Konkretisierung bzw. zum Vollzug dieser Bestimmung zu erlassen. Der Stadtrat hat diese Möglichkeit genutzt und ein entsprechendes Vollzugsreglement erlassen. Der Stadtrat verabschiedete am 26. Mai 2020 das neue Vollzugsreglement zum Reglements über Ruhetag und Ladenöffnung mit Inkrafttreten am 1. Juni 2020.

### **2.3 Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel**

Der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutz wird durch das Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel vom 13. März 1964 (SR 822.11; Arbeitsgesetz, ArG) gewährleistet und steht damit über dem RLL und über dem neuen Vollzugsreglement.

Läden des Detailhandels dürfen trotz des neuen Vollzugsreglements am Sonntag nicht ohne Weiteres öffnen. Das Arbeitsgesetz bestimmt in Art. 19 Abs. 1 ArG, dass Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit eine Bewilligung erfordern. Dauernde oder regelmässig wiederkehrende Sonntagsarbeit wird vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), vorübergehende Sonntagsarbeit von der kantonalen Behörde bewilligt (Art. 19 Abs. 4 ArG).

Vorübergehende Sonntagsarbeit wird bewilligt, sofern ein dringendes Bedürfnis nachgewiesen wird. Dauernde oder regelmässig wiederkehrende Sonntagsarbeit wird bewilligt, sofern sie aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen unentbehrlich ist (Art. 19 Abs. 2 ArG). Art. 28 der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz (SR 822.111; ArGV 1) definiert die «Unentbehrlichkeit von Nacht- und Sonntagsarbeit». Gemäss Art. 28 Abs. 3 ArGV 1 sind der wirtschaftlichen Unentbehrlichkeit die besonderen Konsumbedürfnisse gleichgestellt, deren Befriedigung im öffentlichen Interesse liegt und nicht ohne Nacht- oder Sonntagsarbeit möglich ist. Solche Konsumbedürfnisse sind:

- a) täglich notwendige und unentbehrliche Waren oder Dienstleistungen, deren Fehlen von einem Grossteil der Bevölkerung als wesentlicher Mangel empfunden würde; und
- b) bei denen das Bedürfnis dauernd oder in der Nacht oder am Sonntag besonders hervortritt.

Familienbetriebe nach Art. 4 ArG<sup>1</sup> stehen nicht unter der Bewilligungspflicht des SECO; sie können am Sonntag dauernd oder regelmässig geöffnet haben. Das Arbeitsgesetz ist auf diese Betriebe nicht anwendbar. Allerdings können auf jugendliche Familienmitglieder im Sinne von Art. 4 Abs. 1 ArG einzelne Vorschriften des Gesetzes durch Verordnung anwendbar erklärt werden, soweit dies zum Schutze von

---

<sup>1</sup> Betriebe, in denen lediglich der Ehegatte, die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner des Betriebsinhabers, seine Verwandten in auf- und absteigender Linie und deren Ehegatten, eingetragene Partnerinnen oder Partner sowie seine Stiefkinder tätig sind.

Leben und Gesundheit der Jugendlichen oder zur Wahrung der Sittlichkeit erforderlich ist (Art. 4 Abs. 3 ArG).

Im Übrigen ist zu erwähnen, dass Arbeitgeberinnen oder Arbeitgeber ihre Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer ohne deren Einverständnis nicht zu Sonntagsarbeit heranziehen dürfen (Art. 19 Abs. 5 ArG)<sup>2</sup>. Es gibt Sonderbestimmungen für bestimmte Gruppen von Betrieben oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Speziell zu erwähnen sind z.B. Verkaufsstellen und Dienstleistungsbetriebe in Bahnhöfen, welche aufgrund des grossen Reiseverkehrs Zentren des öffentlichen Verkehrs sind, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sonntags beschäftigen dürfen (Art. 27 Abs. 1<sup>ter</sup> ArG i.V.m. Art. 26a Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz [ArGV 2; SR 822.112]).

Folgende Darstellung fasst die gesetzliche Bedingungen für einen Sonntagsverkauf zusammen:

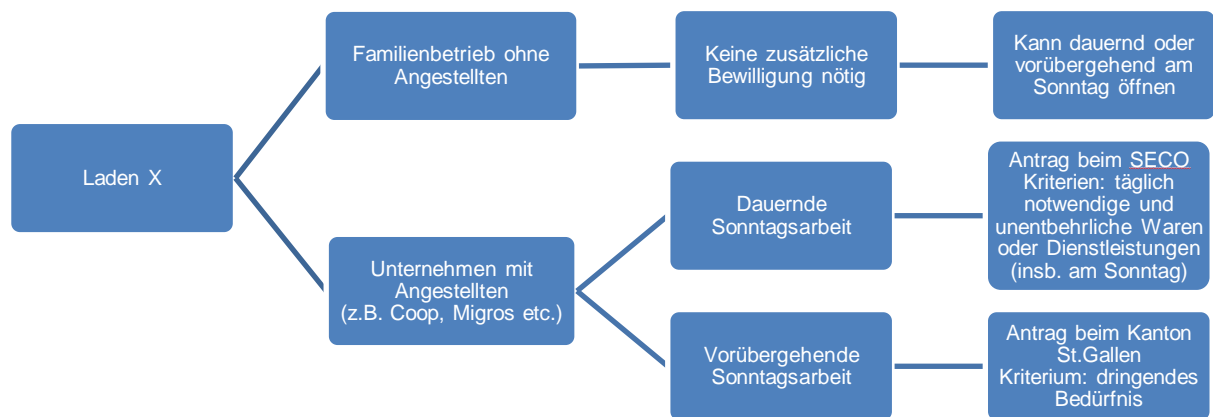


Abbildung 2: eigene Darstellung

### 3 Weitere Rahmenbedingungen

#### 3.1 Gesetzter Innenstadtperimeter

Das Vollzugsreglement bezieht sich auf einen klar definierten Innenstadtperimeter<sup>3</sup>. Der Perimeter basiert auf dem Projektperimeter «Zukunft St.Galler Innenstadt» und wurde so gesetzt, dass die Gebiete von hoher touristischer Relevanz abgedeckt sind. Mehrere Unterkünfte und touristische Sehenswürdigkeiten sowie Museen sind damit Teil der Zone. Auch der Bahnhof Nord mit der Lokremise als Kulturzentrum ist Teil des definierten Gebiets. Der Hauptbahnhof als zentraler und wichtigster Ankunftsort für Gäste ist ebenfalls integriert. Weiter sind im Zentrum der Rote Platz als Sehenswürdigkeit und in der Altstadt das UNESCO-Weltkulturerbe Stiftsbezirk St.Gallen sowie die nördliche Altstadt inkludiert.

#### 3.2 Festgelegte Öffnungszeiten

Gemäss neuem Vollzugsreglement sind grundsätzlich für alle Läden, die sich im Perimeter befinden, erweiterte Ladenöffnungszeiten möglich. Gemäss Art. 10 RLG dauern erweiterte Ladenöffnungszeiten an Werktagen von 05.00 Uhr bis 22.00 Uhr und an öffentlichen Ruhetagen von 07.00 Uhr bis 21.00

<sup>2</sup> Für die Leistung von Sonntagsarbeit müssen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ihr ausdrückliches Einverständnis geben. Dies kann schriftlich im Arbeitsvertrag vereinbart oder dann eingeholt werden, wenn neu Sonntagsarbeit zu leisten ist.

<sup>3</sup> [Anhang 1: Perimeter für erweiterte Ladenöffnungszeiten zum Vollzugsreglement zum Reglement über Ruhetag und Ladenöffnung](#)

Uhr. Das neue Vollzugsreglement der Stadt St.Gallen schöpft diese Zeitspanne jedoch nicht vollumfänglich aus und sieht eine restriktivere Regelung vor.

<b>Wochentag</b>	<b>Öffnungszeiten bisher (allgemeine Ladenöffnungszeiten)</b>	<b>Öffnungszeiten neu (erweiterte Ladenöffnungszeiten)</b>
Montag bis Freitag	06.00 Uhr bis 19.00 Uhr	06.00 Uhr bis 20.00 Uhr
Samstag	06.00 Uhr bis 17.00 Uhr	06.00 Uhr bis 20.00 Uhr
Sonntag	Geschlossen	10.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Am Sonntag ist neu grundsätzlich eine Öffnung von 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr erlaubt, sofern die Vorgaben des Arbeitsgesetzes eingehalten sind.

Es gibt keinen Zwang, dass die Geschäfte während der ganzen bewilligten Öffnungszeiten geöffnet sind. Die einzelnen Betriebe im definierten Perimeter nutzen die erweiterten Öffnungszeiten unterschiedlich.

Würden die vom Stadtrat beschlossenen erweiterten Ladenöffnungszeiten hinfällig, weil dem Stadtrat diese Kompetenz bei einer Annahme der Initiative entzogen würde, gälten wie in der Zeit davor wieder die allgemeinen Ladenöffnungszeiten nach kantonalem Recht. Darüber hinaus hätte der Stadtrat mit Streichung des Art. 2 RRL keine Kompetenz mehr, Einzelbewilligungen für erweiterte Öffnungszeiten zu erteilen, falls der Laden einem touristischen Bedürfnis entspricht, wie das vor der Inkraftsetzung des Vollzugsreglements der Fall war.

### **3.3 Touristisches Bedürfnis**

Der Begriff «Städtetourismus» wird folgendermassen definiert: «Städtetourismus ist eine Reise in eine historisch oder kunstgeschichtlich bedeutsame oder durch ihre natürliche Lage, ihre Einkaufsmöglichkeiten oder ihr Freizeitangebot attraktive Stadt zum Zweck eines relativ kurzfristigen Aufenthalts (in der Regel 1 – 4 Tage). Städtetourismus wird als Individual- oder Gesellschaftsreise – häufig im Rahmen einer Rundreise – durchgeführt und findet häufig an Wochenenden statt.»<sup>4</sup>

Der Tourismus Monitor Schweiz aus dem Jahr 2017 von Schweiz Tourismus erhebt alle drei Jahre diverse Daten wie die Bedürfnisse, das Reiseverhalten oder die Reisemotive von über 14'000 Übernachtungsgästen in der Schweiz. Es ist die beste Datengrundlage rund um Schweiz-Reisende. Innerhalb des Tourismus Monitors Schweiz besteht die Rubrik «Tourist's needs» (touristische Bedürfnisse). Sie zeigt die Bedürfnisse, welche Schweiz-Reisende bei ihrem Aufenthalt in der Schweiz haben. Diese Attribute tragen somit stark zu einer attraktiven Städtereise bei. Die befragten Übernachtungsgäste in grossen Schweizer Städten nannten besonders häufig: Seen/Flüsse, Erlebnis, Städteerlebnis generell, Sicherheit, kulturelle Anlässe, Einkaufen/Shopping, Unterhaltung, Popularität, spezielle Attraktionen (exkl. Naturattraktionen), Kunst.

St.Gallen bietet zur Erfüllung dieser wichtigen Bedürfnisse von Besucherinnen und Besuchern sehr viel. Das historische Erlebnis Stiftsbezirk St.Gallen, die diversen kulturellen Anlässe oder auch spezielle Attraktionen wie der Rote Platz kommen diesen Wünschen entgegen. Um eine attraktive Städte-

---

<sup>4</sup> [Städtetourismus](#)

destination zu sein, ist eine entsprechende Ausgestaltung dieser Bedürfnisse sinnvoll. Die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten kommt dem touristischen Bedürfnis entgegen und stärkt damit das Gesamterlebnis Stadt St.Gallen.

### **3.4 Unternehmerische Sicht**

Aus Sicht jedes Ladens ist die Abwägung zwischen Aufwand und Ertrag für eine Öffnung am Sonntag zentral. Jedes Geschäft wird sich vor dem Eingeben eines Bewilligungsantrages beim Kanton oder SECO genau überlegen, ob Aufwand und Ertrag im Verhältnis stehen. Ein Laden öffnet nur dann langfristig am Sonntag, wenn eine Öffnung betriebswirtschaftlich rentabel ist. Die Personalkosten sind dabei der grösste Kostenfaktor.

Seit der Inkraftsetzung des neuen Vollzugsreglements per Juni 2020 galten schwierige und nicht repräsentative Bedingungen aufgrund der Covid-19-Schutzmassnahmen (Schliessungspflicht, massiv reduzierter Tourismus in städtischen Gebieten etc.). Diese Situation löste grosse Unsicherheit und daher kaum Interesse an erweiterten Öffnungszeiten aus. Einzig die Möglichkeit, am Abend länger geöffnet zu haben (Mo – Sa), wurde von einigen Geschäften genutzt. Kein Betrieb hat eine Bewilligung beim Kanton oder SECO für eine Bewilligung für den Sonntag beantragt. Es wird sich erst in Zukunft zeigen, welche Öffnungszeiten von den Betrieben als tatsächlich betriebswirtschaftlich rentabel eingeschätzt und wie weit Betriebe entsprechende Gesuche einreichen werden.

### **3.5 Gesellschaftlicher Wandel**

Die Konsumententwicklungen bewegen sich stark in Richtung der 24 h - Gesellschaft. Die 24 h / 7 Tage Verfügbarkeit im Onlinehandel ist ein starker Treiber für diese Entwicklung. Die Konsumentinnen und Konsumenten erwarten heute eine sofortige Stillung ihrer Bedürfnisse. Alles muss gleich jetzt und hier erhältlich sein. Deshalb bieten immer mehr Onlinehändler eine Lieferung noch am Bestelltag selbst an. So ist die stete Verfügbarkeit/Lieferbarkeit ein Wettbewerbsvorteil. Die Anbieter überbieten sich dabei oft selbst. Zusammen mit der scheinbar unendlichen Sortimentsauswahl ist dies mit ein Hauptgrund für den stark wachsenden Onlinehandel. Zudem sind zeitlich flexible Arbeitsbedingungen im Vormarsch, wodurch auch die arbeitsfreie Zeit flexibler gestaltet wird. Der Wocheneinkauf ist nicht mehr für alle nur am Samstagmorgen möglich, sondern auch während der Woche, wenn es zeitlich aufgeht. Deshalb ist es wichtig, auch dem stationären Detailhandel mehr Öffnungszeiten zuzugestehen, weil dies einem gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht.

## **4 Stellungnahme des Stadtrats**

Bei der Entscheidungsfindung über das Vollzugsreglement hat der Stadtrat die Bedürfnisse aus der Diskussion im Rahmen des Projekts «Zukunft St. Galler Innenstadt» berücksichtigt. Darin wurde argumentiert, dass die St.Galler Innenstadt das touristische Zentrum der Stadt St.Gallen ist. Als eine der zehn grössten Schweizer Städte soll St.Gallen die touristische Attraktivität der Innenstadt durch erweiterte Ladenöffnungszeiten weiter steigern.

Die Stadt St.Gallen war in Zusammenarbeit mit den lokalen Wirtschaftsverbänden eine der ersten Schweizer Städte, welche sich im Jahr 2016 der Herausforderungen des stationären Handels und der Belebung der Innenstädte annahm. Das Projekt «Zukunft St.Galler Innenstadt» stösst noch heute bei



vielen Gemeinden als «Best Practice» auf grosses Interesse und die Ansätze wurden auch bereits kopiert. Von Beginn an wurde das Projekt «Zukunft St.Galler Innenstadt» als partizipatives Projekt geführt. Von 2017 bis 2019 fanden jährlich zwei öffentliche Foren statt, an denen sich interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aktiv einbringen konnten und über die zehn definierten Massnahmenfelder informiert wurden. Das Projekt «Zukunft St.Galler Innenstadt» wurde vor den Sommerferien 2020 mit einem ausführlichen Abschlussbericht<sup>5</sup> zu den zehn umgesetzten Massnahmenfeldern beendet.

Die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten ist eines der zehn Massnahmenfelder zur Attraktivitätssteigerung und Belebung der St.Galler Innenstadt. Der Stadtrat konnte mit dem neuen Vollzugsreglement dem touristischen, aber auch dem gewerblichen Bedürfnis nach flexibleren Ladenöffnungszeiten entgegenkommen. Der Stadtrat liberalisierte damit die Rahmenbedingungen, um eine positive Entwicklung zu ermöglichen. Rund um die Stadt St.Gallen sind die Bedingungen für den Detailhandel bereits seit längerem liberaler als in der Stadt. Dies belegt auch ein Artikel im St.Galler Tagblatt vom 19. Juni 2020.<sup>6</sup>

## 5 Fazit

In der Stadt St.Gallen werden sonntags nur diejenigen Läden des Detailhandels öffnen, für die es wirtschaftlich rentiert und die dazu eine Bewilligung des SECO (regelmässig wiederkehrende Sonntagsarbeit) oder der kantonalen Behörde (vorübergehende Sonntagsarbeit) erhalten (ausser Familienbetriebe). Der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird über das Arbeitsgesetz und dessen Verordnungen sichergestellt und steht über dem Reglement über Ruhetag und Ladenöffnung.

St.Gallen als Zentrum der Ostschweiz soll touristisch attraktiv bleiben und noch attraktiver werden. Dazu gehört ein ganzheitliches, lebendiges Städteerlebnis mit Kultur, Gastronomie, Shopping und Naherholung über die gesamte Woche und für alle Gäste. Dazu gehören zum Beispiel auch Kongressteilnehmerinnen und Kongressteilnehmer, welche sich erst nach dem offiziellen Programm in die Stadt begeben können oder auch Geschäftsleute, die tagsüber an Sitzungen weilen und abends das Stadterlebnis suchen, oder Wochenendgäste, welche die Stadt St.Gallen auch am Wochenende als lebendige Stadt entdecken möchten.

Aufgrund der sehr schwierigen und kaum planbaren Situation im Detailhandel aufgrund von Covid-19 konnte der Detailhandel seit Einführung des neuen Vollzugsreglements noch keine repräsentativen Erfahrungen mit dem neuen Vollzugsreglement machen.

Der Stadtrat empfiehlt daher, die Initiative «Kein Sonntagsverkauf in der Stadt St.Gallen» abzulehnen.

---

<sup>5</sup> [Abschlussbericht "Zukunft St.Galler Innenstadt"](#)

<sup>6</sup> [Artikel St.Galler Tagblatt: Am späten Abend oder am Sonntag den Wocheneinkauf erledigen - wo die Läden in der Ostschweiz länger geöffnet haben dürfen](#)

## **6 Weiteres Vorgehen**

Nach Art. 43 RIG hatte der Stadtrat seit der Rechtsgültigkeit des Zustandekommens der Initiative am 3. Februar 2021 sechs Monate Zeit, dem Stadtparlament Bericht zum Inhalt des Initiativbegehrens zu unterbreiten, was hiermit innert Frist eingehalten ist.

Wenn das Stadtparlament dem Antrag des Stadtrats, die Initiative abzulehnen, folgt, hat es zu beschliessen, ob es dem Volk einen Gegenvorschlag unterbreiten will (Art. 48 Abs. 1 RIG). Wird das Initiativbegehren ohne Gegenvorschlag durch das Stadtparlament abgelehnt, wird eine Volksabstimmung angeordnet (Art. 48 Abs. 2 RIG). Bei einer Zustimmung zum Initiativbegehren durch die Stimmbevölkerung hat das Stadtparlament den verlangten Erlass anzupassen. Es hätte dafür in analoger Anwendung von Art. 53<sup>bis</sup> RIG ein Jahr Zeit.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Die Stadtschreiber - Stellvertreterin:  
Jennifer Abderhalden

Beilage:  
▪ Initiativbegehren